

Landesrechnung diene als grosse Bühne für Parteipolitik

«**Parteigeplänkel**» Es ging rund gestern bei der Debatte um die Landesrechnung 2017. Die beiden Koalitionspartner FBP und VU lieferten sich einen Schlagabtausch, wer nun Finanzkompetenz beweist.

VON DANIELA FRITZ

Über zwei Stunden diskutierte der Landtag gestern über die Landesrechnung 2017, wobei diese teils fast zum Nebenschauplatz wurde. Vielmehr rückten die Vorkommnisse rund um das einen Tag nach Präsentation der Landesrechnung angekündigte «Bürgerpaket» der VU sowie der offene Brief von Regierungschef Adrian Hasler als Reaktion darauf in den Vordergrund. Insbesondere den VU-Abgeordneten Christoph Wenaweser, Rainer Beck und Thomas Vogt zeigten sich gestern brüskiert. «Die Reaktion des Regierungschefs, seinem Koalitionspartner rundweg die Finanzkompetenz abzuspochen, erachte ich als ungeeignet und unangemessen», so Wenaweser. Die VU habe zwei der drei Sparpakete aufgegleist und Verantwortung gezeigt, ergänzte Thomas Vogt: «Sie können sicher sein, dass es der VU wichtig ist, die Kosten nicht wieder aufzublähen. Aber es darf keine Denkverbote geben.» Auch Rainer Beck wunderte sich über die «erstaunliche und sehr heftige Reaktion der Ablehnung»: «Ohne Kenntnis des genauen Inhalts und der möglichen finanziellen Auswirkungen auf den Staatshaushalt beschwor der Finanzminister bereits ein Schreckenszenario herauf, dass die Staatsfinanzen wieder den Bach hinunterrauschen würden.» Denkverbote solle es auch keine geben, unterstrich Adrian Hasler. Da die Landesrechnung aber stark von



Die VU-Abgeordneten Rainer Beck (links) und Christoph Wenaweser ärgerten sich darüber, dass ihrer Fraktion durch Regierungschef Adrian Hasler die Finanzkompetenz abgesprochen worden sei. (Foto: Michael Zanghellini)

der guten Konjunktur profitiert habe, sei ein sorgsamer Umgang mit den Staatsfinanzen weiterhin wichtig. Einige Ankündigungen zum «Bürgerpaket» würden jedoch die staatlichen Ausgaben markant - und permanent - erhöhen. Hierbei bezog sich der Regierungschef insbesondere auf die Passage zu «mehr staatlichem Engagement bei der **AHV**», wo die VU die Senkung des Staatsbeitrags von 54 auf 30 Millionen Franken thematisiert. Dass die VU gemäss damaliger Pressemitteilung «dieses Ungleichgewicht wieder ins Lot bringen» möchte, interpretierte Hasler dahingehend, dass der Staatsbeitrag wieder erhöht werden solle. «Spekulation», warf ihm darauf Günther Vogt (VU) vor. Vielmehr wolle die VU den Staatsbeitrag an die **AHV** an das Umlagedefizit koppeln. So sei die Mitteilung zu interpretieren.

«Heftige Reaktion auf warme Luft»

Angesichts der Voten aus der VU-Fraktion stellte Elfried Hasler (FBP) fest, dass der Vorwurf zu fehlenden Finanzkompetenz der VU wohl tief

getroffen habe. Er räumte jedoch ein, dass die Reaktionen der FBP auf die Ankündigung des «Bürgerpakets» wohl zu heftig ausfiel, zumal es sich dabei wohl vielmehr um eine Marketingaktion der VU gehandelt habe. «Es wurde mehr angekündigt als dann geliefert. Hätte man gewusst, dass hier nur warme Luft kommt, hätte man nicht reagieren müssen», konterte er. Hasler und Wenaweser lieferten sich anschliessend noch einen Schlagabtausch darüber, welche Partei nun die besten Vorschläge zur Verbesserung der Finanzsituation geliefert hat. Zumindest kamen die beiden Koalitionspartner irgendwann doch überein, dass es ein gemeinsames Verständnis der Finanzpolitik gibt: Das Finanzhaushaltsgesetz liefere mit den Eckwerten die nötigen Leitplanken und es müsse weiterhin vorsichtig gehaushaltet werden. Beendet wurde das «parteipolitische Pingpong» aber erst, nachdem Eugen Nägele (FBP) daran erinnerte, dass es um die Landesrechnung gehe und er nun weitermachen wolle.